

Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Stadt Brandenburg an der Havel im Zusammenhang für Beurkundungen

Informationspflichten gemäß Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Wenn Verwaltungsbehörden personenbezogene Daten verarbeiten, bedeutet das, dass sie diese Daten z.B. erheben, speichern, verwenden, übermitteln, zum Abruf bereitstellen oder löschen.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit den Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Brandenburg an der Havel
Der Oberbürgermeister
Klosterstraße 14
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 58-0
E-Mail: oberbuergermeister@stadt-brandenburg.de

1.1. Stelle der Datenverarbeitung

Amt für Jugend und Soziales
Sachgebiet Kindschaftsrecht
Upstallstraße 25
14772 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 58-5400
E-Mail: Kindschaftsrecht@stadt-brandenburg.de

1.2. Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 DSGVO

Stadt Brandenburg an der Havel
Datenschutzbeauftragte
Altstädtischer Markt 10
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 587030
E-Mail: datenschutz@stadt-brandenburg.de

2. Zweck der Datenverarbeitung

Ihre Angaben werden benötigt, um die gewünschte Beurkundung durchführen zu können.

3. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 DSGVO i.V.m. §§ 59 bis 64 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) erhoben und verarbeitet.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten Daten nur, soweit sie im Einzelfall für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Folgende Datenkategorien werden verarbeitet:

- Name und Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift des Kindes und beider Elternteile
- Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus
- optional Telefonnummer, E-Mail-Adresse

7. Weitergabe von Daten

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben können personenbezogene Daten an folgende Dritte übermittelt werden:

Beurkundung von Vaterschaftsanerkennungen und Sorgeerklärungen

- das Standesamt am Geburtsort des Kindes, bei Geburt im Ausland an das Standesamt Berlin
- den jeweils anderen Elternteil, wenn Vater und Mutter getrennt voneinander die Vaterschaft erklären und die Zustimmung abgegeben haben, ggf an deren gesetzliche Vertreter
- die Ausländerbehörde, sofern konkrete Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung vorliegen

Beurkundung von Unterhaltsansprüchen

- das Jugendamt als Beistand, Vormund oder Ergänzungspfleger
- Anwalt / Anwältin
- das zuständige Familiengericht

Ermittlung weiterer vollstreckbarer Ausfertigungen von Unterhaltstiteln

- das zuständige Familiengericht

8. Speicherdauer

Ihre Daten werden nur solange gespeichert, wie es zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach der allgemeinen Verfügung des Ministers der Justiz über die Aussonderung (Anbietung, Übergabe und Vernichtung) des Schriftguts der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden (Aussonderungs-AV) und betragen:

- für Vaterschaftsanerkennungen und Zustimmungserklärungen: 100 Jahre
- für Sorgeerklärungen: 30 Jahre ab Geburt des Kindes
- für Beurkundungen über den Kindesunterhalt: 30 Jahre ab Geburt des Kindes

9. Betroffenenrechte

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
 - Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)
 - Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)
 - Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
 - Sie haben das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)
 - Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- Recht auf Beschwerde (Art. 77 DSGVO)
 - Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, haben Sie das Recht Beschwerde bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht zu erheben:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Brandenburg

Stahnsdorfer Damm 77

14532 Kleinmachnow

Telefon: (033203) 356-0, Fax: (033203) 356-49

E-Mail: poststelle@lda.brandenburg.de

Internet: www.lda.brandenburg.de